



INSIDER

AUSGABE 33 · 27. NOVEMBER 2015

ABSCHUSS RUSSISCHER MASCHINE GEFÄHRDET WELTFRIEDEN



Quelle: DIE LINKE im Bundestag

Von Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag

Mit dem Abschuss einer russischen Militärmaschine haben die IS-Unterstützer in der türkischen Regierung endgültig ihre Maske fallen lassen. Die Bundesregierung muss umgehend den türkischen Botschafter einbestellen und ihm klarmachen, dass Deutschland dieses

unverantwortliche Verhalten verurteilt und nicht tolerieren wird. Es muss eine unabhängige Untersuchung des Vorfalles durch den UN-Sicherheitsrat geben. Die Bundesregierung muss klarstellen, dass sie sich nicht von Erdoğan in einen Krieg hineinziehen lassen wird. Die abgeschalteten Patriot-Raketen der Bundeswehr müssen sofort aus der Türkei nach Hause geholt werden.

Außerdem muss die Bundesregierung umgehend damit aufhören, die Kriegstreiber in der türkischen Regierung zu hofieren und zu strategischen Partnern bei der Lösung der Flüchtlings- und Nahostkrise zu erklären. Im Gegenteil: Solange die Türkei weiterhin über ihre Grenze Nachschub, Terroristen und Kämpfer des IS nach Syrien lässt, einen blutigen Bürgerkrieg gegen die kurdische Minderheit führt und jetzt auch noch den Weltfrieden durch verantwortungslose Militäraktionen gefährdet, müssen jegliche Verhandlungen mit der Regierung in Ankara ausgesetzt werden.

ERNEUERBARE ENERGIE ANLAGEN IMMER HÄUFIGER ABGESCHALTET

Die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt haben in dieser Woche den Monitoringbericht Energie veröffentlicht. Es wurde bekannt, dass sich die Entschädigungszahlungen für das Abregeln von Erneuerbare Energie Anlagen um fast 89 Prozent auf 83 Millionen Euro erhöht haben. Die abgeregelte Strommenge hat sich

fast verdreifacht. Da der Stromnetzausbau in Deutschland nur schleppend vorangeht, für die Netzstabilität jedoch stets gewährleistet werden muss, dass genauso viel Strom im Netz ist, wie auch abgenommen wird, müssen Erneuerbare Energie Anlagen häufig abgeschaltet werden. Die Entschädigung zahlen die Verbraucher.

5. BERLINER KLIMASCHUTZKONFERENZ: OHNE SMART CITIZENS GIBT ES KEINE SMART CITIES

Unter der Schirmherrschaft des Berliner Stadtentwicklungssenators Andreas Geisel, SPD, fand am Dienstag in Berlin die fünfte Berliner Klimaschutzkonferenz statt. Diskutiert wurde, inwieweit urbanes Wachstum und Klimaschutz miteinander gekoppelt werden können und müssen. Im Hinblick auf das Ziel der Berliner Politik bis zum Jahr 2050 für die Stadt Klimaneutralität erreicht zu haben, wies Senator Geisel darauf hin, dass die Erreichung mit harten Zielkonflikten einhergehen werde: auf der einen Seite stünde der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum, auf der anderen die steigenden Baukosten, um die Alt- und Neubauten an die gesetzlichen Anforderungen für einen effektiven Klimaschutz anzupassen. Bevölkerungszuwächse würden zudem eine Reduzierung von Verkehrsflächen notwendig machen, will man die Grün- und Freiflächen in der Stadt erhalten. Dies bedeute eine Verdichtung in der Bebauung und auch eine Umstellung des Verkehrssystems hin zu weniger privaten Kraftfahrzeugen. Zwar würden laut Geisel viele Bürger den Klimaschutz befürworten, gehe es aber um private Einschnitte, zum

Beispiel in der Abschaffung des eigenen Autos, sinke die Unterstützung rapide. Dies wurde in allen Diskussionsrunden der Konferenz deutlich: smart cities werde es ohne Mitwirkung der smart citizens nicht geben können.

Provokant wurde es, als Prof. Dr. Michael Braungart die Frage aufwarf, ob Klimaneutralität tatsächlich ein erstrebenswertes Ziel sei. Der Wissenschaftler wies darauf hin, dass Klimaneutralität auf die Spitze getrieben, bedeute, dass die Menschen tot sein müssten, weil sie nur dann kein CO₂ mehr produzieren. Ein gelungenes CO₂-Management wäre sehr viel relevanter, als die Etablierung von smart cities in sämtlichen Lebensbereichen. Laut Braungart solle sich Berlin vielmehr mit einem Alleinstellungsmerkmal profilieren. Als Beispiel nannte er das Ziel, bis 2050 erste palmölfreie Stadt zu werden. Dies sei ein Ausdruck für echten Klimaschutz. Palmöl dient als Rohprodukt für die kostengünstige Herstellung von Biokraftstoffen, Kerzen und Waschmitteln in dessen Zuge große Flächen Regenwald gerodet oder Torfmoore trockengelegt werden.

EUROPÄISCHE POLITIKER FÜR ANNÄHERUNG AN RUSSLAND

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker plädiert für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Nach einem Gespräch beim G20-Gipfel in der Türkei wandte er sich mit einem Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, in dem er sich für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) aussprach. Juncker habe die EU-Kommission bereits beauftragt, Optionen für Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EU und der EAWU zu erarbeiten. Der EAWU gehören neben Russland auch Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Weißrussland an. Juncker knüpft diese Zusammenarbeit jedoch an die weitere Umsetzung des Minsker Friedensabkommens.

Schon zuvor kritisierte er die Abhängigkeit der europäischen Politik von den USA: »Wir können uns unser Verhältnis zu Russland nicht von Washington diktieren lassen. Das geht nicht.« Auch andere Politiker fordern einen politischen Kurswechsel. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel plädierte bereits im Oktober für ein Ende der Sanktionen. Der französische Außenminister Laurent Fabius lobte Russland für seine Rolle bei der Konfliktlösung in Syrien. Edmund Stoiber und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer werden im Januar nach Moskau reisen, um die Zusammenarbeit mit Russland zu intensivieren. »Die Konflikte dieser Welt sind ohne Russland oder gar gegen Russland nicht zu lösen«, sagte Seehofer beim CSU-Parteitag in München.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

EU-KOMMISSION BEÄUGT DEUTSCHE EXPORT-ÜBERSCHÜSSE

Die EU-Kommission hat Deutschland erneut wegen seiner zu hohen Exportüberschüsse kritisiert. Deutschland exportiert deutlich mehr Waren ins Ausland als es importiert und erzeugt damit eine nicht ausgeglichene Handelsbilanz, die zwangsläufig zu Handelsdefiziten bei den Handelspartnern führt. Der nun erwartete Überschuss liegt bei 8,7 Prozent und damit um 0,8 Prozentpunkte über der letzten Schätzung vom Mai. Einzig die Niederlande erzielten innerhalb der Eurozone einen noch höheren Handelsüberschuss in Höhe

von 10,5 Prozent.

Insgesamt kritisiert die EU-Kommission 16 von 28 EU-Ländern wegen Ungleichgewichten in den nationalen Wirtschaften. Die Kommission versucht ein weiteres Auseinanderdriften der Eurozone zu verhindern und könnte im Zweifel auch Bußgelder von bis zu 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung verhängen. Angeblich hat die Kommission jedoch Deutschland und den Niederlanden zugesichert, dass sie sich wegen möglicher Strafzahlungen keine Sorgen machen müssten.

DEUTSCHE BAUBRANCHE MIT AUFTRAGSPPLUS

Die deutsche Baubranche hatte im September einen deutlichen Auftragszuwachs in Höhe von 7,2 Prozent zu verzeichnen. Das sei laut Statistischem Bundesamt der höchste Anstieg seit Januar. Im Juni und Juli waren die Aufträge sogar zurückgegangen. Laut Müncher Ifo-Institut ist die Baubranche insgesamt so gut gestimmt wie seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren nicht mehr. Für November wurde die Lage

als sehr gut eingeschätzt und auch die Aussichten auf die nächsten sechs Monate wurde so positiv bewertet wie seit dem Jahr 2007 nicht.

Der Boom wird durch Rekordbeschäftigung, niedrige Zinsen und eine hohe Nachfrage ausgelöst. Der mit der Flüchtlingskrise einhergehende Wohnungsbedarf wird sicher auch zukünftig eine auftragsstärkende Wirkung haben.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT GEGEN EU-EINLAGENSICHERUNG

Die EU-Kommission hat Pläne für eine europäische Einlagensicherung vorgestellt. Nachdem die Bundesregierung um Finanzminister Wolfgang Schäuble, CDU, dieses Vorhaben scharf kritisiert hat, haben sich auch Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) der Kritik angeschlossen: »Für ein solches Vorhaben sind die strukturellen Unterschiede in den nationalen Bankensystemen zu groß«, erklärte das IW. Die Unterschiede fänden sich in notleidenden Krediten gemessen an allen vergebenen Krediten. In Finnland läge diese Quote bei 0,8 Prozent, in Zypern

jedoch bei 44,4 Prozent. Die Ökonomen warnten, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis Länder mit einem geringen Anteil an Problemkrediten für Bankenverluste in Ländern wie Griechenland, Irland oder Zypern aufkommen müssten. Ebenfalls problematisch sei, dass alle Banken als grenzüberschreitend tätig betrachtet würden, was der Realität aber nicht entspreche. Die meisten Finanzinstitute sind klein und nur lokal tätig. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann schloss sich der Kritik ebenfalls an: »Die Voraussetzungen für eine europäische Einlagensicherung sind nicht erfüllt.«

EURO IM SIEBENMONATSTIEF

Der Eurokurs fiel Mittwoch auf 1,0579 US-Dollar und damit auf den tiefsten Stand seit April. Auslöser waren möglicherweise Berichte, nach denen die Europäische Zentralbank (EZB) darüber nachdenkt, den Einlagenzins noch stärker als bisher erwar-

tet, zu senken. Offenbar würden innerhalb der Bank auch Maßnahmen diskutiert, um Gegenmaßnahmen gegen die schwache Inflationen vorzubereiten. Über die Zinsentwicklung entscheidet die EZB Anfang Dezember.

PERSONALIEN

VW: HUBER UND MEINE VERLASSEN AUFSICHTSRAT

Die beiden VW-Aufsichtsratsmitglieder Berhold Huber, 65, und Hartmut Meine, 63, scheiden aus ihren Ämtern aus. Huber und Meine sind IG-Metall-Gewerkschafter und geben ihre Mandate aus Altersgründen auf. Als Nachfolger rücken der neue IG-Metallchef Jörg Hofmann, 59, und der Schwede Johan Järvlko, 42, in das Aufsichtsgremium nach.

NETZWERK BERLIN MIT NEUEN SPRECHERN

Das Netzwerk Berlin, ein Zusammenschluss von SPD-Bundestagsabgeordneten – daneben gibt es in der SPD noch die Linken und die Seeheimer in der SPD – haben zwei neue Sprecher: Christina Jantz, 37 und Martin Rabanus, 44. Jantz wurde neu gewählt und folgt auf Eva Högl, die nicht mehr zur Wahl antrat. Rabanus wurde in seinem Amt bestätigt, das er seit 2013 ausübt.

KAUFHOF VERKLEINERT VORSTAND

Im Zuge der Übernahme Kaufhofs durch Hudson's Bay will Kaufhof nun mit einem verkleinerten Vorstand weiterarbeiten. Nur noch vier statt sechs Manager sollen dem Gremium angehören: der Vorstandschef Oliver Can den Bossche, Edo Beukema, Klaus Hellmich und Guido Mager. Die Filialgeschäftsführer sollen indes mehr Verantwortung erhalten um ihre Sortimente an lokale Bedürfnisse anpassen zu können.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

NIEDERLÄNDISCHE BOTSCHAFT ZU FRAUENRECHTEN

Diskussionsveranstaltung der niederländischen Botschaft zum Thema »Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 Frauen, Frieden und Sicherheit« unter anderem mit der NATO-Sonderbeauftragten für Frauen, Frieden und Sicherheit, Botschafterin Mariët Schuurman, dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer und der Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Selmin Çaliskan. 3.12., 19 Uhr. Niederländische Botschaft, Klosterstraße 50, 10179 Berlin (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Wir haben einen Giganten verloren. Politisch und menschlich.«

Olaf Scholz, SPD, erster Bürgermeister von Hamburg, beim Staatsakt zu Ehren des verstorbenen Alt-Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

»Schon jetzt sind 8.000 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der Amtshilfe im Einsatz in der Flüchtlingskrise.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, CDU.

»Das Grundgesetz lässt es zu, bei »katastrophischen Umständen« die Bundeswehr einzusetzen.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, CDU.

»Jeder Mittelständler, der einigermaßen erfolgreich sein will, muss die Digitalisierung mitmachen.«

Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Brigitte Zypries, SPD.

»Für ein Industrieland wie Deutschland wäre es angemessen, sich für das Jahr 2025 vorzunehmen, die modernste digitale Infrastruktur der Welt zu haben.«

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, zum Ausbau des schnellen Internets.

»Die Opposition als einheitlicher Block existiert nicht. Es gibt nach Schätzungen der CIA 1.500 Milizen.«

Joshua Landis, Nahost-Experte und Leiter des Centers for Middle East Studies an der Universität Oklahoma, über Syrien.

»Wenn es nach der Wunschorstellung der USA ginge, würden wir jede Form von Autorität in Syrien zerschlagen und einen neuen Staat aufbauen. Aber es geht nicht nach den Wunschorstellungen der USA.«

Joshua Landis, Nahost-Experte und Leiter des Centers for Middle East Studies an der Universität Oklahoma, glaubt in der Teilung Syriens in einen neuen sunnitischen Teil und einen moderaten von der Opposition vertretenen alten Teil Syriens läge die einzige realistische Friedenslösung für Syrien.

»Ich habe es satt, dass Konzerne die USA verlassen, um Steuern zu sparen. Sie sollten lieber hier bleiben und in Amerika investieren.«

Hillary Clinton regt sich wahnsinnig über den Kauf des Pharmaunternehmens Allergan durch den Pharmakonzern Pfizer auf. Nach dem Kauf wird Pfizer seinen Hauptsitz nach Irland verlegen und so circa eine Milliarde US-Dollar an Steuern jährlich sparen.

»Die beste Rache ist Frieden.«

Salman Rushdie rief die Europäer angesichts der terroristischen Attacken in Paris zur Gelassenheit auf.

TERMINE

1.12. EUROFORUM-KONFERENZ ERDGAS 2015

Konferenz zum Thema »Erdgas 2015: The European Gas Market – Der deutsche Gasmarkt vor dem Umbruch«, unter anderem mit dem Leiter Security of Supply der EU-Generaldirektion Energie, Stefan Moser, dem CEO der Erdgas Ostschweiz AG, Andreas Bolliger und dem Leiter Netzentgelte Gas der Bundesnetzagentur, Wolfgang Schmidt. 9.30 Uhr, Hotel Pullmann Berlin, Budapester Straße 25, Berlin (bis 03.12., kostenpflichtig).

3.12. MARTIN-GROPIUS-BAU ZU 70 JAHRE DEUTSCH-RUSSISCHEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Diskussionsveranstaltung des Martin-Gropius-Baus zum Thema »Energie ohne Ende? 70 Jahre deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen« 18 Uhr, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10117 Berlin (keine Anmeldung erforderlich).

8.12. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZU CHINA

Frühstücksveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema »Internationalisierung der chinesischen Währung Renminbi«, unter anderem mit dem Direktor der Bank of China Berlin, Feng Bo. 8 Uhr. Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin (kostenpflichtig).

17.-19.1.2016 DELEGATIONSREISE IRAN

Delegationsreise Iran unter der Leitung von Frau Staatssekretärin Zypries aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Schwerpunkt wird Gesundheitswirtschaft sein. Mitorganisiert vom Nah- und Mittelostverein (Numov e.V.).

BUNTES AUS BERLIN

GLOBAL CLIMATE MARCH

Einen Tag vor der Eröffnung der Klimakonferenz in Paris wird es am 29. November in Berlin einen Marsch für das Klima geben. Beginn ist um 12 Uhr am Berliner Hauptbahnhof.

WEIHNACHTSMÄRKTE BERLIN

Pünktlich zum ersten Advent haben auch in Berlin wieder die zahlreichen Weihnachtsmärkte geöffnet. Zu den beliebtesten Märkten in der Hauptstadt gehören: der Weihnachtsmarkt am Gendarmenmarkt, der vor allem auf künstlerische Unterhaltung sowie handwerkliche Kunst setzt; der Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz ist auch eher mit traditionellen Handwerksbüdchen versehen, wohingegen der Wintertraum am Alex vor allem mit rasanten Fahrgeschäften aufwartet. Besinnlich geht es an der Gedächtniskirche und dem Markt am Schloß Charlottenburg zu, ebenso wie in der Altstadt Spandau oder auf dem Weihnachtsmarkt am Opernpalais.


DEUTSCHES E-GOVERNMENT MIT ZAHLREICHEN SCHWACHSTELLEN

Auf dem IT-Gipfel in Berlin kommt eine im Auftrag des Nationalen Normenkontrollrats erstellte Studie des Fraunhofer Fokus zu einem nüchternen Befund: »Wirksames eGovernment gibt es in Deutschland de facto nicht.« Besonders die fehlende Vernetzung der IT-Systeme von Bund, Ländern und Kommunen wachsen sich im Angesicht der Flüchtlingskrise zu einem existentiellen Problem aus. Würde das eGovernment wirksam funktionieren, könnte der bürokratische Aufwand von Bürgerinnen, Bürgern und Verwaltung um 34 Prozent gemindert werden. Das Gutachten bemängelt, dass die Hälfte der untersuchten Kommunen nur zwei Online-Dienste zur Verfügung stellen, nur sehr wenige Kommunen mehr als zehn Dienste. Alle Verwaltungsebenen betreiben eigenständige IT-Lösungen anstatt auf gemeinsame Lösungen zu setzen. Für diesen Aufwand würden jährlich 13 Milliarden Euro ausgegeben, die von den Nutzern zudem immer weniger akzeptiert würden. Das Gutachten zeigt Einsparpotentiale auf: so könnten mit 1,7 Milliarden Euro Einsatzkosten Systeme so aufgestellt werden, dass 34 Prozent des bürokratischen Aufwands eingespart werden könnte. So sagte der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates, Dr. Johannes Ludewig, »eGovernment lohnt sich. Es rechnet sich in Euro und Cent. Es ist genug Geld vorhanden. Worauf es ankommt, ist der gezielte Einsatz für gemeinsame Lösungen. Dafür brauchen wir eine neue, effizientere Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen – verbunden mit einer effektiveren Steuerung über Ressortgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg.«

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de